

Stand: 25.06.2026 18:47:57

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/1577

"Bestandsgarantie muss für alle Grundschulstandorte gelten!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/1577 vom 09.04.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/2027 des BI vom 14.05.2014
3. Beschluss des Plenums 17/2269 vom 04.06.2014
4. Plenarprotokoll Nr. 19 vom 04.06.2014



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Bestandsgarantie muss für alle Grundschulstandorte gelten!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, entsprechende pädagogische und passgenaue Konzepte für Klein- und Kleinstschulen zu entwickeln, um die Grundschule am Ort zu stärken und damit alle Grundschulstandorte Bayerns dauerhaft zu sichern und damit die von Ministerpräsident Seehofer in seiner Regierungserklärung gegebene Grundschulbestandsgarantie wörtlich zu nehmen.

Begründung:

Derzeit können rechtlich selbständige Grundschulstandorte mit einer Mindestgröße von insgesamt 26 Schülern in jahrgangskombinierten Klassen bestehen bleiben. Allerdings gibt es über 300 Grundschulen in ganz Bayern, die mehrhäusig sind. Mit den Außenstellen von Grundschulstandorten wird ermöglicht, dass die Schule am Ort bleibt und die Attraktivität der Kommunen für junge Familien ist deutlich höher. Darüber hinaus haben die Kinder kurze Schulwege und Schülerbeförderungskosten werden gering gehalten. Aus diesem Grund sollen alle Grundschulstandorte in Bayern erhalten werden, um ländliche Räume zu stärken. Die Staatsregierung soll sich am Beispiel Tirols kundig machen, wie dörfliche Strukturen und Grundschulstandorte verbunden werden können, damit diese Standorte gesichert werden.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

**Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**
Drs. 17/1577

Bestandsgarantie muss für alle Grundschulstandorte gelten!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Günther Felbinger**
Mitberichterstatterin: **Carolina Trautner**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 10. Sitzung am 10. April 2014 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - B90/GRÜ: EnthaltungAblehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 26. Sitzung am 14. Mai 2014 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - B90/GRÜ: EnthaltungAblehnung empfohlen.

Martin Güll
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger, Prof. Dr. Michael Piazolo, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/1577, 17/2027

Bestandsgarantie muss für alle Grundschulstandorte gelten!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Günther Felbinger

Abg. Martin Güll

Abg. Thomas Gehring

Abg. Kerstin Schreyer-Stäblein

Abg. Carolina Trautner

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Berthold Rüth

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle

Präsidentin Barbara Stamm: Wir kommen jetzt zur beantragten gesonderten Beratung der noch offenen **Listennummern 43, 45 und 46** der nicht einzeln zu beratenden Anträge. Folgende Anträge sollen gemeinsam beraten werden:

Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen u.

a. (SPD)

Keine Grundschulen in Bayern schließen

Standortgarantie auf die nicht selbständigen Grundschulen ausweiten

(Drs. 17/1523)

und

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.

a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Bestandsgarantie muss für alle Grundschulstandorte gelten! (Drs. 17/1577)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

"Schule im Dorf": Modellprojekte zur Erhaltung kleiner Grundschulen im ländlichen Raum zulassen (Drs. 17/1604)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Fraktionen haben vereinbart, dass es bei der Redezeit von fünf Minuten pro Fraktion bleibt. Als Erster hat Herr Kollege Felbinger das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Es ist gut, wenn auch die Parlamentarier sportlich bleiben und in Bewegung kommen; denn dann haben sie in etwa eine Vorstellung davon, was auf die Grundschüler der Grundschule Hindelang-Unterjoch ab dem kommenden Schuljahr zukommt. Dann endet nämlich eine zweihundert Jahre lange Tradition, und diese Schule muss schließen, obwohl die gesamte Gemeinde geschlos-

sen hinter dieser Schule steht, obwohl hier jahrgangsübergreifender Unterricht hervorragend funktioniert und obwohl die Schulfamilie vor Ort gemeinsam ein innovatives Ganztagskonzept erarbeitet hat, um ihrer Schule eine Zukunft zu geben. Doch dieses Konzept wurde vom Ministerium nicht einmal ernsthaft geprüft, sondern von vornherein verworfen und als untauglich abqualifiziert.

Fakt ist also: Diese Schule muss schließen, weil die CSU von oben herab so entschieden hat. Diese Schule muss schließen, weil die CSU keine Konzepte zum Erhalt von kleinen und Kleinstschulen entwickelt hat und stattdessen auf eine Hinhaltenaktik bis zum Zeitpunkt nach der Landtagswahl gewartet hat.

Meine Damen und Herren, dieses Beispiel Unterjoch ist kein Einzelfall, und deshalb gilt es zu handeln. Wir FREIEN WÄHLER fordern pädagogisch passgenaue Konzepte für Kleinst- und Kleinschulen; denn nur so können die Grundschulen vor Ort gestärkt und der Wegzug junger Familien verhindert werden. Derzeit können rechtlich selbstständige Grundschulstandorte mit einer Mindestgröße von insgesamt 26 Schülern in jahrgangskombinierten Klassen bestehen bleiben, allerdings – und das wissen Sie in der Mehrheitsfraktion am besten – gibt es über 300 Grundschulen in ganz Bayern, die auf mehrere Häuser verteilt sind. Gerade über diese Außenstellen von Grundschulstandorten wird es ermöglicht, dass die Schule vor Ort bleibt. Das ist entscheidend für die Attraktivität der Kommune und für gleichwertige Lebensverhältnisse in den Regionen.

Die CSU und ihr Ministerpräsident haben eine sogenannte Bestandsgarantie für rechtlich selbstständige Grundschulen gegeben. Ich unterstelle, dass das aber im vollen Bewusstsein geschah, eine rechtlich nicht selbstständige Grundschule nach der anderen dichtzumachen. Der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband hat errechnet, dass jeder fünfte Grundschulstandort in seiner Existenz bedroht ist. Wie so oft setzt das Kultusministerium auf Verschleierung und Intransparenz. Wir wissen, dass 343 Standort-Außenstellen nicht mehr Unterricht für alle vier Jahrgangsstufen anbieten können und 243 davon in sogenannten mehrhäusigen Schulstandorten unterge-

bracht sind. Für sie gilt diese Bestandsgarantie der Staatsregierung nicht. Sie sind deswegen bedroht. Das macht ein Drittel aller Außenstellen aus.

Meine Damen und Herren, so kann es nicht weitergehen. So kann man nicht mit den Menschen draußen umgehen. Man kann ihnen nicht etwas versprechen, wohinter sich dann etwas ganz anderes verbirgt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir FREIEN WÄHLER wissen, dass es auch anders geht. Ein Blick in das österreichische Bundesland Tirol zeigt, dass man dort auch mit ganz niedrigen Schülerzahlen agiert. Die Staatsregierung muss endlich ihre Arroganz überwinden. Was in der Nachbarschaft gelingt, muss auch in Bayern möglich sein. In diesem Sinn: Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Jetzt darf ich Herrn Kollegen Güll das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Martin Güll (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Hier bekommt man schon vorher Applaus. – Können Sie mir erklären, warum eine Schule mit 26 Kindern nicht geschlossen wird, aber eine Schule mit 72 Kindern geschlossen wird? Das eine ist ganz einfach. Der Grund liegt hier darin, dass der Ministerpräsident bestimmt hat, die rechtlich selbstständige Schule darf bis zu einer Größe von 26 Kindern bestehen bleiben, und eine rechtlich nicht selbstständige Schule wird dann geschlossen, wenn keine Lehrerstunden mehr da sind. – Die eine Variante wird deshalb erhalten, weil der Herr Ministerpräsident beschlossen hat, diesen Schulen mehr Lehrerstunden zu geben. Das finde ich lobenswert und in Ordnung. Den anderen Schulen gibt er keine Lehrerstunden. Glauben Sie, dass Sie das den Menschen

erklären können? – Vielleicht können Sie es erklären, Herr Ministerpräsident; ich kann es nicht erklären.

Der Fall, den ich schildere, ist ganz einfach. Die Schule mit den 72 Kindern gehört als rechtlich nicht selbstständige Schule zu einem Schulverband. Das ist eine Schule, die zwei oder drei Schulhäuser hat. Sie kann jedoch genauso wie eine rechtlich selbstständige Schule in einer ganz normalen politischen Gemeinde stehen. In der Gemeinde A wird eine Schule mit 26 Kindern erhalten. Das sind 2 mal 13 Kinder in der Kombiklasse. Man kann darüber streiten, ob das gut oder schlecht ist. Sagen wir mal, das ist gut. In dem anderen Schulhaus findet jedoch kein Unterricht mehr statt, weil die Schulleitung sagt: Wir haben insgesamt zu wenig Lehrerstunden, um die kleine Schule im Außenbereich aufrechtzuerhalten. Genau darum geht es jetzt. Wenn man der einen Schule die paar Lehrerstunden gibt – es geht nicht um viele Schulen, sondern um maximal 300 –, sollte man fairerweise zu den anderen Schulen sagen: Jawohl, für diesen Schulverband, in dem es mehrhäusige Schulen gibt, wird dieselbe Zahl an zusätzlichen Lehrerstunden zur Verfügung gestellt.

(Beifall bei der SPD)

Dann brauchen diese Schulen nicht geschlossen werden. So einfach wäre die Lösung. Das würde schätzungsweise keine 50 oder 70 Lehrerstellen kosten.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Das hört sich logisch an!)

- Das hört sich logisch an. Darüber sollte man nachdenken, oder? Wir könnten uns einmal zusammensetzen und überlegen, was das bedeutet.

Den zweiten Fall – Miltenberg usw. –, den ich geschildert habe, kennen die Unterfranken. Die Unterfranken kennen diese Fälle. Dort gibt es die mehrhäusigen Schulen im Schulverband. Die Eltern der Schülerinnen und Schüler sind mit einem ganzen Omnibus angereist und haben im Bildungsausschuss gesagt: Es kann nicht sein, dass die Schule in der Nachbarortschaft bleibt und unsere nicht. Das konnten wir den Eltern im

Bildungsausschuss auch nicht erklären. Wir hätten es schon versucht, aber Ihre Kolleginnen und Kollegen haben es nicht geschafft.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Es gibt einen Bildungsminister!)

Herr Dr. Spaenle, schauen wir mal, dass wir diesen Spagat auflösen. Deshalb kommen die drei Anträge zustande. Mit diesen fordern wir, dass die rechtlich selbstständigen Schulen und die rechtlich nichtselbstständigen Schulen in den Schulverbänden gleich behandelt werden. Wir sagen nicht blauäugig, dass man das ohne Weiteres, ohne Konzepte schafft. Deshalb wird in allen drei Anträgen gefordert, pädagogische Konzepte aufzulegen oder Modelle zu entwickeln, um mit dem wachsenden demografischen Wandel besser fertig zu werden. Das ist eine vernünftige und lösungsorientierte Politik. Ich weiß nicht, warum man dagegen sein sollte. Vielleicht können Sie über Ihren Schatten springen. Das haben Sie im Bildungsausschuss nicht gekonnt. Vielleicht geht es heute. Bitte stimmen Sie den drei Anträgen zu.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat Herr Kollege Gehring das Wort.

Thomas Gehring (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Präsident der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum hat kürzlich in einem Gespräch gesagt: Wenn die Schule geht, verschwindet auch das Dorf. Diesen Satz müssen wir im Zeichen des demografischen Wandels sehr ernst nehmen.

Zu diesem Thema hat unser Ministerpräsident die Garantie abgegeben, dass alle selbstständigen Grundschulen erhalten bleiben. Wenn man Garantien ausspricht, muss man auch immer sagen, wie es geht. Was bedeutet diese Garantie? Auf wessen Kosten geht diese Garantie? Gibt es eine selbstständige Schule ohne Schüler? Wie soll das aussehen? Eine Schriftliche Anfrage von uns hat ergeben, dass die Angabe von Zahlen sehr schwierig ist. Wir haben gefragt, um wie viele Schulen es sich handelt, was das kosten würde und mit welchen Größenordnungen man rechnen muss.

Die Schriftliche Anfrage konnte noch nicht beantwortet werden. Es wurde eine Fristverlängerung beantragt. Sie haben noch keinen Plan, wie das wirklich gehen soll.

Heute erleben wir, dass kleine Schulen nach und nach ausgehungert werden. Das Schulamt, dem die Lehrer zugewiesen werden, verteilt diese an die Schulen. Für die Aufrechterhaltung kleinerer Schulen müssen auf Kosten der größeren Schulen Lehrerinnen und Lehrer abgezweigt werden. Das geht auf Kosten derjenigen Schulen, die einen hohen Migrationsanteil, Praxisklassen und Übergangsklassen haben. Das heißt, die Spaltung wird in jedem Schulamtsbezirk immer größer. Das wird nicht gutgehen. Es wird nicht zu verstehen sein, dass kleine Schulen erhalten bleiben, während die großen Schulen darunter leiden.

Es geht weiter: Wenn eine Schule immer kleiner wird, verliert sie irgendwann ihre Schulsekretärin. Die Schulleiterin oder der Schulleiter verfügt kaum über Anrechnungstunden. Es ist vollkommen unklar, wie diese kleinen Schulen gemanagt werden sollen und welche Kosten entstehen.

Ich war Berichterstatter für den Fall der Schule in Unterjoch. Ich habe mich intensiv damit beschäftigt. Ich finde es nicht gut, dass die Kollegen von der CSU versucht haben, vor der Wahl Zeit zu gewinnen, indem signalisiert wurde, dass die Schule erhalten bleibt. Nach der Wahl war es damit vorbei. Sie haben sich hinter den formalen Kriterien einer nichtselbstständigen Schule versteckt. Bei der Grundschule in Unterjoch handelt es sich jedoch um einen Sonderfall. Das war die einzige mehrzügige ein-klassige Grundschule in Bayern. Der Fall der Grundschule hätte sich gut dazu geeignet, anhand eines Modells zu überlegen, wie wir zukünftig kleine Grundschulen erhalten können.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenbemerkung?

Thomas Gehring (GRÜNE): Gerne.

Präsidentin Barbara Stamm: Bitte schön, Frau Kollegin Schreyer-Stäblein.

Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Herr Kollege, in der letzten Legislaturperiode habe ich den Fall Unterjoch mit vertreten. Ich glaube, wir könnten uns schnell darauf einigen, dass es gut war, nicht sofort zu entscheiden, sondern zu sagen: Wir fahren raus. Deswegen wundert mich Ihre Einlassung. Wenn wir uns einer Sache nicht sicher sind, ist es doch logisch, alles zu versuchen, um den Fall zumindest zu prüfen. Deswegen haben wir das vertagt. Ich glaube, wir sind beide damit zufrieden, uns zuerst eine Schule anzuschauen, bevor wir entscheiden.

Thomas Gehring (GRÜNE): Wir haben uns die Schule angeschaut. Sie waren nicht dabei.

Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Sie haben uns angegriffen, weil wir den Termin verschoben haben!

Thomas Gehring (GRÜNE): Frau Kollegin, der Besichtigungstermin vor Ort hat sehr deutlich gezeigt, dass ein ganzes Dorf hinter dieser Schule steht. Wir haben uns über den Bedarf und die geografische Lage informiert. Die Kolleginnen und Kollegen aus Ihrer Fraktion, die dabei waren, haben sich von dem, was sie dort erlebt haben, nicht rühren lassen.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Sie haben es sich angeschaut!)

In den nächsten Jahren werden wir weitere Unterjochs haben. Wir werden Unterjochs in Unterfranken, in der Oberpfalz und in Niederbayern haben. Wir müssen uns überlegen, wie wir die pädagogische Qualität einer kleinen Schule erhalten können. Welche Möglichkeiten haben wir? Wie kann man das Know-how, das in Unterjoch vorhanden war, für den jahrgangsübergreifenden vierklassigen Unterricht anderer Schulen nutzen? Diese Chancen sind verpasst worden und werden weiterhin verpasst.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Kollege Felbinger hat schon angesprochen, dass der Blick in unser Nachbarland Österreich zeigt, dass es geht. Dort wird mit kleinen Grundschulen gearbeitet. Dort ist man sich über die Rolle der Schulen im ländlichen

Raum sehr klar. Diese werden auch finanziert. In diesem Fall bedeutet es ein Weiterkommen, wenn wir von Österreich lernen. Die Unterjocher Eltern werden ihre Kinder in Österreich an einer Zwergschule in Jungholz anmelden. Ich finde, dies sollte uns nicht ruhen lassen, damit wir irgendwann einmal besser werden als die Österreicher und nicht schlechter.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat Frau Kollegin Trautner das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Carolina Trautner (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die demografische Entwicklung mit den in der Folge abnehmenden Schülerzahlen stellt uns vor große Herausforderungen. Eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben liegt darin, gleichwertige und nachhaltige Bildungsbedingungen für unsere Kinder in Stadt und Land sicherzustellen und weiterzuentwickeln. Ein wichtiger Baustein ist dabei die Bestandsgarantie für selbstständige Grundschulen mit insgesamt 26 Schülerinnen und Schülern, die die Bayerische Staatsregierung für die gesamte Legislaturperiode gegeben hat. Betonen wir das doch einmal. Wo gibt es das sonst noch in Deutschland? Wir gehen voran.

(Beifall bei der CSU)

Der Grundsatz "Kurze Beine – kurze Wege" ist der CSU wichtig. Deswegen haben wir diese Garantie, die es doch sonst nirgends gibt. Das müsste man an dieser Stelle viel häufiger betonen. Im laufenden Schuljahr werden in Bayern flächendeckend in über 2.250 rechtlich selbstständigen staatlichen Grundschulen Kinder unterrichtet. Wir haben damit ein ganz dichtes Netz an Grundschulen und stellen wohnortnahe Beschulung sicher. Wir müssen aber unserer Verantwortung für alle bayerischen Schülerinnen und Schüler gerecht werden, das heißt denen, die in den Ballungsräumen in den Städten wohnen, und denen, die im ländlichen Raum zur Schule gehen.

Im Fall der Außenstelle Unterjoch, die schon mehrfach erwähnt wurde – es ist ja hinlänglich bekannt -, wurden für das nächste Schuljahr lediglich fünf Schüler gemeldet, und zwar für alle Jahrgangsstufen 1 bis 4. Damit ist die geforderte Mindestklassenstärke von 13 deutlich unterschritten, selbst wenn alle vier Jahrgangsstufen als Jahrgangskombination gesehen werden, was schulrechtlich gar nicht vorgesehen ist. Eine gravierende Unterschreitung dieser Mindestklassenstärken ist aus fachlichen, organisatorischen, aber auch pädagogischen Gründen gar nicht wünschenswert und in manchen Fällen sogar problematisch.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

Da kann es zu ungewollten Bevorzugungen auch kleinerer Standorte kommen. Im Sinne der Gleichbehandlung wären geringere Klassenstärken kaum zu rechtfertigen, wenn in Bayern eine Höchstschülerzahl von 28 Schülern pro Klasse gilt. Oftmals schließen auch die Schulaufwandsträger kleinere Schulen, weil sie den hohen Sachaufwand und die damit verbundenen Kosten zu tragen haben.

Das ist übrigens kein rein bayerisches Problem. Auch in Österreich, auch in Tirol, werden die Klein- und Kleinstschulen immer wieder überprüft. Allein in Tirol sollen wohl im kommenden Schuljahr zwei Schulen geschlossen werden. Hier findet also auch schon eine Kehrtwende statt, weil, wie sich Dr. Gappmaier, der Leiter der Abteilung Bildung im Amt der Landesregierung von Tirol, äußert, die Politik des unbedingten Erhaltens die Ressourcen auffrisst. In Zukunft können wir kommunenübergreifende, aber auch grenzübergreifende Lösungen finden. Ich habe gestern mit dem Oberallgäuer Landrat Klotz telefoniert, und er hat mir gesagt – es ist von Kollegen schon gesagt worden -, dass die Schüler aus Unterjoch jetzt nach Jungholz gehen werden. Auch diese Schule ist wegen der demografischen Entwicklung so klein geworden, dass sie von der Schließung bedroht war.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Das ist doch nicht wahr! – Zuruf der Abgeordneten Ulrike Müller (FREIE WÄHLER) – Unruhe bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

- Doch, das hat mir der Landrat so gesagt. Die Kinder haben jetzt einen Schulweg von zwei Kilometern mit einem eigenen Kleinbus zurückzulegen. Die Schulwegkosten werden bezahlt. Das müssen auch nicht die Eltern übernehmen, wie anfangs immer gesagt worden ist. Der Austausch findet im Anschluss auch in umgekehrter Reihenfolge statt, das heißt die Jungholzer Schüler gehen bei uns in die Realschule, ins Gymnasium und in die Mittelschule. An diesem Beispiel zeigt sich, dass vor Ort hervorragende Lösungen gefunden werden können. Bei diesen Kooperationen steigen auch die Chancen für bessere Ganztagsangebote und ein vielfältigeres und attraktiveres Angebot an Arbeitsgemeinschaften. Unterjoch ist, wie gesagt, keine rechtlich eigenständige Grundschule, sondern eine Außenstelle.

Der Antrag, Modellprojekte für den Erhalt von nichtselbstständigen Kleinstschulen zu schaffen, ist nicht zielführend. Modellprojekte machen in meinen Augen nur Sinn, wenn sie erfolgversprechend sein können. Aber die Schülerzahlen werden weiter abnehmen.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Das stimmt auch nicht!)

Wo soll denn die Grenze sein? Bei einem Schüler pro Klasse? Bei zwei Schülern pro Schule? Außenstellen haben in der Regel nicht weit entfernte Stammschulen. Eine sinnvolle Zusammenlegung oder eine Kooperation mit einer Nachbarschule wird zukünftig bei sehr geringen Schülerzahlen realistischweise die einzig machbare Lösung sein. Das Beispiel Unterjoch zeigt uns, dass dies sogar grenzüberschreitend möglich ist.

(Zuruf von der SPD)

Ich meine, dass hier ganz sicher eine sehr gute Qualität gewährleistet wird. Ich betone noch einmal: Wir stellen als CSU mit der Grundschulgarantie von 26 Schülern pro selbstständiger Grundschule wirklich sicher, dass dem demografischen Wandel entgegengetreten wird. Bei unselbstständigen Grundschulen muss in jedem Einzelfall idealerweise mit den Verantwortlichen vor Ort die passende Lösung gefunden werden.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin Trautner, würden Sie bitte noch einmal ans Mikrofon kommen? - Danke schön. Herr Kollege Felbinger möchte eine Zwischenbemerkung vorbringen.

(Unruhe bei der CSU)

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin Trautner, Sie haben von gleichwertigen und nachhaltigen Bildungsvoraussetzungen gesprochen, dabei aber mit keinem Wort die nichtselbstständigen Grundschulen angesprochen. Sie glorifizieren immer diese Bestandsgarantie für die selbstständigen Schulen, aber gefährdet sind die anderen Grundschulstandorte, die gerade dafür sorgen, dass dieses flächendeckende Netz an Grundschulen bis in kleine Ortschaften erhalten bleibt und unser Bayern lebens- und liebenswert ist. Wie ist denn die Marschroute der CSU für diese nichtselbstständigen Grundschulstandorte? Will man sie, wenn die Mindestschülerzahlen unterboten sind, grundsätzlich schließen, oder überlegt man vielleicht doch, dass man hier, wie Sie ja auch immer sagen, passgenaue Konzepte entwickeln muss?

Carolina Trautner (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege, ich glaube, Sie haben mir nicht richtig zugehört.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin sehr wohl auf die unselbstständigen Kleinstschulen eingegangen und habe in diesem Zusammenhang gerade gesagt, dass diese Schulen oft eine Stammschule in der Nähe haben, wodurch Kooperationen ermöglicht werden.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Also schließen!)

- Das kann im Zweifelsfall passieren. Es wird so weit kommen, dass wir nicht jede Schule mit vier Kindern halten können. Machen wir uns doch nichts vor!

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Also schließen Sie die Schulen! – Zurufe von der CSU – Unruhe bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Wir haben uns darauf verständigt, dass wir Zwischenbemerkungen zulassen. Die Frau Kollegin hat jetzt geantwortet. Dafür bedanken wir uns bei ihr und machen jetzt mit der nächsten Wortmeldung weiter.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt darf ich dem Herrn Kollegen Fahn noch einmal das Wort erteilen. Das sind jetzt eine Minute und zwölf Sekunden, Herr Kollege. Das ist sportlich. Bitte.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Vorhin hatte ich 18 Minuten, jetzt eine Minute und zwölf Sekunden. Uns geht es um eine Gleichbehandlung der selbstständigen und der nicht selbstständigen Schulen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das haben wir verstanden!)

Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Wir im Landkreis Miltenberg am Untermain haben eben diese Probleme. Herr Güll hat es angesprochen. Da gab es diesen Fall in Hausen im Landkreis Miltenberg. Dort hatten sie nicht vier, sondern 13 Schüler, und die Klasse wurde trotzdem geschlossen, weil sie mit Kleinwallstadt zusammengelegt wurde. Dort hatten sie insgesamt 52 Schüler, die nicht in drei Klassen aufgeteilt werden konnten. Dieser Elternbeirat, diese Initiative und dieser CSU-Bürgermeister sind hierher in den Bildungsausschuss nach München gefahren und haben eine Petition eingereicht. Die Petition ist abgelehnt worden. Im Moment gibt es in Hausen eine Klasse, weil die Schülerzahl etwas angestiegen ist. Aber die Ungewissheit über die kommende Situation ist nach wie vor da. Wir haben am Untermain vielleicht sieben

Gemeinden, welche die Probleme mit nicht selbstständigen Grundschulen haben und jeden Tag zittern und fragen, wie es weitergeht. Hausen mit 1.900 Einwohnern, Dammbach mit 1.815 Einwohnern oder Laudenbach mit 1.400 Einwohnern sind eigenständige Gemeinden und wollen auch eine eigenständige Schule haben.

(Unruhe bei der CSU)

Es darf keine Gemeinden erster und zweiter Klasse geben, meine Damen und Herren. Herr Ministerpräsident, überlegen Sie mal: Wir haben am 1. Januar 2014 die Förderung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Artikel 3 unserer Verfassung hineingeschrieben. Dazu gehört, dass die Grundschulen gleich behandelt werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Eine funktionierende Gemeinde – und damit bin ich am Schluss, ich habe jetzt um 22 Sekunden überzogen – braucht nicht nur eine Kirche, ein Lebensmittelgeschäft oder einen Kindergarten, sondern auch eine Grundschule, egal ob sie selbstständig oder nicht selbstständig ist.

(Unruhe bei der CSU – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Mein Gott! – Berthold Rüth (CSU): Halt!)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Rüth, bitte.

Berthold Rüth (CSU): Herr Kollege Fahn, ich wollte Sie nur fragen, ob Sie bei Ihrer Behauptung bleiben, dass die Schule in Hausen geschlossen wurde?

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Nein.

(Lachen bei der CSU)

Erstens, Herr Rüth, hören Sie mir bitte genauer zu. Es war nur die erste Klasse, die nicht in Hausen war.

(Unruhe - Zurufe von der CSU)

Andere Klassen gab es. Im Moment gibt es in Hausen die erste Klasse.

(Zuruf von der CSU)

Ich habe doch gesagt, das brauchst du nicht zu wiederholen! Doch, das habe ich gesagt!

(Ingrid Heckner (CSU): Nein! – Weitere Zurufe von der CSU: Nein!)

Das ist mir egal, was Sie jetzt sagen. Ich habe das gesagt und bin auch froh, dass der Bayerische Rundfunk im Moment eine Serie über die Erhaltung von Grundschulen im ländlichen Raum macht. Sie waren heute in Hausen und haben einen Film darüber gemacht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat der Herr Staatsminister Dr. Spaenle für die Staatsregierung das Wort. Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen hat für die Bayerische Staatsregierung auch auf dem Gebiet der Bildungspolitik höchste Priorität.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Haha!)

Deshalb hat der Herr Ministerpräsident die Garantie für die Existenz rechtlich selbstständiger Grundschulen mit einer Richtzahl von 26 Schülern deutlich gemacht. Dies bedeutet im Kern die Halbierung der bislang gültigen Mindestschülerzahl. Das heißt, wenn sieben Kinder der ersten Jahrgangsstufe und sechs Kinder der zweiten Jahrgangsstufe, sechs Kinder der dritten Jahrgangsstufe und sieben Kinder der vierten Jahrgangsstufe in zwei jahrgangskombinierten Klassen an einem rechtlich selbstständigen Schulstandort heute die Schule besuchen, dann ist diese Schule dauerhaft in ihrer Existenz gesichert.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Darum geht es nicht bei den Anträgen!)

Rechtlich selbstständige Grundschulen können einen oder mehrere Beschulungsorte haben. Die Schule ist schulrechtlich und auch mit dem Ziel der Zuweisung entsprechender Stundenkontingente eine rechtlich selbstständige Schule, gleich ob sie einen oder mehrere Beschulungsorte hat. Zunächst liegt es in der Hauptverantwortung des Sachaufwandsträgers, ob er die Beschulung, wenn er eine rechtlich selbstständige Schule führt, an einem Standort oder an mehreren Standorten vornimmt, erhält oder weiterführt. Die Bezuschussungshöhe hängt nicht davon ab, wie viele Schulhäuser eine rechtlich selbstständige Schule hat: denn diese Entscheidung trifft der Sachaufwandsträger oft aus der Tradition heraus.

Völlig falsch, ja geradezu gefährlich ist die Behauptung, dass die Strategie, rechtlich selbstständige kleine Grundschulen mit der entsprechenden Mindestschülerzahl zu erhalten, zulasten großer Standorte mit ganz anderen Herausforderungen gehe. Wir haben den sogenannten Demografiezuschlag entsprechend gestaltet. Das bedeutet, dass alle Landkreise, die vom Schülerrückgang in besonderer Weise betroffen sind, und die dortigen Schulämter einen Zuschlag erhalten, der mit jedem Haushaltsjahr zunimmt. Dieser Zuschlag kann ganz konkret kleinen Schulstandorten zugeteilt werden, um genau die Strategie zu ermöglichen, die wohnortnahe Beschulung an kleinen Schulstandorten über die nach den normalen Zuteilungskriterien zur Verfügung zu stellenden Stundenkontingente zu unterstützen und zu erhalten.

Wir haben den Demografiezuschlag um einen Zuschlag ergänzt, der dem Regelstundenkontingent weiter zugeschlagen werden kann. Das bedeutet, dass auf der einen Seite auf die Strategie, kleine Schulstandorte zu erhalten, mit zusätzlichen Stundenkontingenten reagiert wird. Auf der anderen Seite wird mit dem Instrument des Integrationszuschlags und dem Instrument des Klassenteilers an Schulstandorten und Klassen mit einem sehr hohen Anteil von Kindern mit Zuwanderungshintergrund bereits ab dem 25. Schüler und anderen Instrumenten den Schulstandorten in verdichteten Bal-

lungsräumen zusätzliche Unterstützung zuteil, die eben mit diesen anderen Voraussetzungen umzugehen haben.

Das heißt also, wir gehen genau konsequent den Weg, dass wir die rechtlich selbstständige Grundschule, gleich ob mit einem oder mehreren Schulstandorten, in ihrer Existenz mit einer Mindestschülerzahl von 26 Schülern unterstützen. Deshalb, Herr Kollege Güll, ist der Schulverband mit 76 Schülern, den Sie angesprochen haben, in keiner Weise von der Auflösung betroffen. In der Regel ist möglicherweise einer der Beschulungsorte davon betroffen. Diesen Fall müssen wir aber genau anschauen. Auch das müssen wir alles in der Gesamtschau sehen. Uns geht es um die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, Herr Kollege Güll hat um eine Zwischenfrage gebeten. Erlauben Sie es?

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Das ist mir eine Freude, wie immer.

Martin Güll (SPD): Ich weiß nicht, ob das eine Freude wird. Herr Staatsminister, wenn wir 60 Schüler haben, kann man sie rechnerisch in zwei Mal 30 oder drei Mal 20 teilen.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Sie wissen, dass der Teiler bei 28 liegt.

Martin Güll (SPD): Es geht jetzt nicht um den Teiler, sondern um ein Rechenbeispiel.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Ich muss aber mit den Rahmenbedingungen arbeiten, nach denen die Klassenbildung stattfindet.

Martin Güll (SPD): Herr Staatsminister, es geht darum, folgende Frage zu beantworten: In einer rechtlich nicht selbstständigen Schule mit mehreren Häusern hat der Schulleiter ein Gesamtkontingent an Lehrerstunden. Wenn er beispielsweise das Leh-

rerstundenkontingent auf die gesamte Schülerzahl an den drei Häusern zugemessen bekommt, dann muss er versuchen, den Unterricht gleichmäßig zu organisieren. Deshalb kommt es dazu, dass er von einem kleinen Standort in einer kleinen Gemeinde, die politisch und rechtlich selbstständig ist, aber zu einem Schulverband gehört, Kinder abziehen muss, weil er die Klasse, die nur mehr 16 Kinder hat, nicht mehr bedienen kann. Nicht der Schulaufwandsträger macht die Schule zu, sondern der Schulleiter muss sagen, dass er diese Schule nicht mehr bedienen kann. Uns ging es nur darum, dass auch für diese Standorte der Demografiezuschlag gelten sollte. Es ist doch nicht zu viel verlangt, wenn man hier gleiche Verhältnisse schafft. Nicht mehr und nicht weniger wollen wir.

(Beifall bei der SPD)

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Zunächst einmal kann ich die Klassenbildung nur nach den geltenden Rahmenrichtlinien durchführen. Wenn Sie von zwei Dreißigerklassen sprechen, entspricht es nicht der Realität, weil wir bei den Grundschulen die Teilungsgrenze von 30 auf 28 Schüler abgesenkt haben. Zum Zweiten ist es ein Unterschied, ob es um eine rechtlich selbstständige Grundschule mit mehreren Beschulungsorten oder einen Schulverband geht. Der Schulverband umfasst möglicherweise mehrere rechtlich selbstständige Gemeinden und eine rechtlich selbstständige Grundschule, die wiederum mehrere Beschulungsorte haben kann. Diese Frage wird dadurch gelöst, dass wir über das Kontingent, das allein auf die Schülerzahl Bezug nimmt, mit dem Instrument des Demografiezuschlags und einem weiteren Instrument, das wir aus dem Regelkontingent zusätzlich für die Schulämter zur Verfügung stellen, die Strategie verfolgen, kleine Schulstandorte in ihrer Existenz zu unterstützen. Damit haben wir einen Weg in Bayern eingeschlagen, den es vor drei Jahren in dieser Form noch nicht gegeben hat.

(Martin Güll (SPD): Das ist ja lobenswert!)

Deshalb ist es früher automatisch zu Schließungen von Schulstandorten mit deutlich mehr Schülern als der jetzt geltenden Richtzahl von 26, die in jahrgangsübergreifenden Klassen in einer rechtlich selbstständigen Schule beschult werden, gekommen. Früher konnten solche Schulen in dieser Form nicht weitergeführt werden. Wir werden uns genauso wie bei der Mittelschule der Tatsache zu stellen haben, dass wir so viele Standorte wie nur irgend möglich weiterführen. Zu keiner Zeit wurden in Bayern so viele Standorte wie irgend möglich mit weniger Schülerzahlen an rechtlich selbstständigen Schulen in ihrer Existenz unterstützt und in ihrem Weiterleben gesichert, wie es heutzutage geschieht.

Wir wissen aufgrund der Schullandschaftsanalyse genau, dass in Unterfranken nicht die Tatsache, dass wir schwache einzügige Standorte haben, das große Problem ist. Es ist eine völlig neue Tatsache, dass wir uns sehr genau mit den Schullandschaften in den einzelnen Regierungsbezirken auseinandersetzen. Die Herausforderung am Untermain und in Unterfranken, nicht jedoch im Großraum Würzburg, besteht darin, dass wir eine ganz hohe Zahl an Standorten mit schwach zweizügigen Schulen haben. Sie können, wenn Sie so wollen, eineinhalb Klassen bilden. Das ist die besondere Herausforderung in Unterfranken gegenüber Schullandschaften in Oberbayern. In Unterfranken ist es eine besondere Herausforderung, dass wir diese Schulstandorte auch in ihrer schwachen Zweizügigkeit stützen und unterstützen. Das bedeutet besondere Anforderungen an die entsprechenden Stundenpotenziale. Wenn Sie eine schwache zweite Klasse zu beschulen haben, ist die Pro-Kopf-Bezuschussung, um die Stundenzahl zu erreichen, schwierig zu meistern. Deswegen wird auch hier in besonderer Weise mit dem Demografiezuschlag vorzugehen sein.

Ziel ist es, so viele Standorte wie möglich in ihrer Existenz zu sichern und dauerhaft zu erhalten. Wenn eine rechtlich selbstständige Grundschule mehrere Schulhäuser als Beschulungsort hat, ist das rechtlich und in der Schulwirklichkeit insofern anders zu beurteilen, als wenn eine rechtlich selbstständige Grundschule Zuwendungsgegenstand für die entsprechenden Stundenkontingente ist. Wenn fünf Kinder an einem

Schulstandort, der wie Unterjoch nicht rechtlich selbstständig war, eine andere schulische Lösung bekommen, die pragmatisch und wohnortnah mit dem Tiroler Partner gestaltet wird, ist gerade das eine dieser passgenauen Lösungen, mit denen wir die wohnortnahe Beschulung sicherstellen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen und wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse zunächst in namentlicher Form über den Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER, "Bestandsgarantie muss für alle Grundschulstandorte gelten", auf der Drucksache 17/1577 abstimmen. Die Urnen stehen bereit. Ich bitte, die Stimmkarten einzuwerfen.

(Namentliche Abstimmung von 19.29 bis 19.32 Uhr)

Die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

Wir kommen damit zur namentlichen Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion, "Keine Grundschulen in Bayern schließen – Standortgarantie auf die nicht selbständigen Grundschulen ausweiten", auf der Drucksache 17/1523. Für die Abstimmung stehen drei Minuten zur Verfügung. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 19.33 bis 19.36 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

Wir kommen damit zur namentlichen Abstimmung über den Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, "Schule im Dorf: Modellprojekte zur Erhaltung kleiner Grundschulen im ländlichen Raum zulassen", auf der Drucksache 17/1604. Für die Abstimmung stehen drei Minuten zur Verfügung. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 19.36 bis 19.39 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen. Ich habe noch einen Tagesordnungspunkt aufzurufen.

(...)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER betreffend "Bestandsgarantie muss für alle Grundschulstandorte gelten!", Drucksache 17/1577, bekannt. Mit Ja haben 46 gestimmt, mit Nein 82. Es gab 11 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 12)

Ich komme jetzt zum Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der SPD betreffend "Keine Grundschulen in Bayern schließen Standortgarantie auf die nicht selbständigen Grundschulen ausweiten", Drucksache 17/1523. Mit Ja haben 45 gestimmt, mit Nein 83. Es gab 12 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Antrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 13)

Jetzt darf ich noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Fraktion der GRÜNEN betreffend "'Schule im Dorf': Modellprojekte zur Erhaltung kleiner Grundschulen im ländlichen Raum zulassen", Drucksache 17/1604, bekannt geben. Mit Ja haben 57 gestimmt, mit Nein 83. Enthaltungen gab es nicht. Damit ist dieser Antrag ebenso abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 14)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 04.06.2014 zu Tagesordnungspunkt 2 Nr. 45: Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Bestandsgarantie muss für alle Grundschulstandorte gelten! (Drucksache 17/1577)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas			X
Aigner Ilse				Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten			
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike			
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin	X		
Bauer Volker		X		Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried							
Bause Margarete			X	Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar			
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann	X			Hartmann Ludwig			X
Blume Markus		X		Heckner Ingrid		X	
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Brückner Michael		X		Herrmann Joachim			
von Brunn Florian	X			Dr. Herz Leopold	X		
Brunner Helmut				Hiersemann Alexandra			
				Hintersberger Johannes		X	
Celina Kerstin				Hofmann Michael		X	
				Holetschek Klaus		X	
Dettenhöfer Petra		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dorow Alex		X		Huber Erwin		X	
Dünkel Norbert		X		Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Martin		X	
				Huber Thomas		X	
Eck Gerhard		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Huml Melanie		X	
Eisenreich Georg		X					
				Imhof Hermann			
Fackler Wolfgang		X					
Dr. Fahn Hans Jürgen	X			Jörg Oliver		X	
Fehlner Martina	X						
Felbinger Günther	X			Kamm Christine			X
Flierl Alexander		X		Kaniber Michaela		X	
Dr. Förster Linus	X			Karl Annette			
Freller Karl		X		Kirchner Sandro		X	
Füracker Albert				Knoblauch Günther	X		
				König Alexander		X	
Ganserer Markus			X	Kohnen Natascha	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald			
Ländner Manfred			
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen			
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin			
Nussel Walter			
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz			
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim			
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard			
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	46	82	11

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 04.06.2014 zu Tagesordnungspunkt 2 Nr. 43: Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen u. a. SPD; Keine Grundschulen in Bayern schließen Standortgarantie auf die nicht selbständigen Grundschulen ausweiten (Drucksache 17/1523)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas			X
Aigner Ilse				Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten			
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike			
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin	X		
Bauer Volker		X		Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete			X	Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar			
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann	X			Hartmann Ludwig			X
Blume Markus		X		Heckner Ingrid		X	
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Brückner Michael		X		Herrmann Joachim			
von Brunn Florian	X			Dr. Herz Leopold	X		
Brunner Helmut				Hiersemann Alexandra			
				Hintersberger Johannes		X	
Celina Kerstin				Hofmann Michael		X	
				Holetschek Klaus		X	
Dettenhöfer Petra		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dorow Alex		X		Huber Erwin		X	
Dünkel Norbert		X		Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Martin		X	
				Huber Thomas		X	
Eck Gerhard		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Huml Melanie		X	
Eisenreich Georg		X					
				Imhof Hermann			
Fackler Wolfgang		X					
Dr. Fahn Hans Jürgen	X			Jörg Oliver		X	
Fehlner Martina	X						
Felbinger Günther	X			Kamm Christine			X
Flierl Alexander		X		Kaniber Michaela		X	
Dr. Förster Linus	X			Karl Annette			
Freller Karl		X		Kirchner Sandro		X	
Füracker Albert				Knoblauch Günther	X		
				König Alexander		X	
Ganserer Markus			X	Kohnen Natascha	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald			
Ländner Manfred			
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen			
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin			
Nussel Walter			
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz			
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim			
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard			
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	45	83	12

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 04.06.2014 zu Tagesordnungspunkt 2 Nr. 46: Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; "Schule im Dorf"; Modellprojekte zur Erhaltung kleiner Grundschulen im ländlichen Raum zulassen (Drucksache 17/1604)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas	X		
Aigner Ilse				Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten			
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike			
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin	X		
Bauer Volker		X		Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar			
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann	X			Hartmann Ludwig	X		
Blume Markus		X		Heckner Ingrid		X	
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Brückner Michael		X		Herrmann Joachim			
von Brunn Florian	X			Dr. Herz Leopold	X		
Brunner Helmut				Hiersemann Alexandra			
				Hintersberger Johannes		X	
Celina Kerstin				Hofmann Michael		X	
				Holetschek Klaus		X	
Dettenhöfer Petra		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dorow Alex		X		Huber Erwin		X	
Dünkel Norbert		X		Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Martin		X	
				Huber Thomas		X	
Eck Gerhard		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Huml Melanie		X	
Eisenreich Georg		X					
				Imhof Hermann			
Fackler Wolfgang		X					
Dr. Fahn Hans Jürgen	X			Jörg Oliver		X	
Fehlner Martina	X						
Felbinger Günther	X			Kamm Christine	X		
Flierl Alexander		X		Kaniber Michaela		X	
Dr. Förster Linus	X			Karl Annette			
Freller Karl		X		Kirchner Sandro		X	
Füracker Albert				Knoblauch Günther	X		
				König Alexander		X	
Ganserer Markus	X			Kohnen Natascha	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald			
Ländner Manfred			
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen			
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin			
Nussel Walter			
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz			
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim			
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard			
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	57	83	0